

Das Rennen ist noch nicht entschieden

Bundestagswahl Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September liefern sich beim NQ-Podiumsgespräch einen Schlagabtausch im Kulturzentrum am Klosterhof. Themenpalette reicht von Wirtschaft und Klimaschutz bis zur Rentenfrage.

Große Bühne für die Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 286 beim NQ-Podiumsgespräch im Kulturzentrum am Klosterhof. In den Kulissen der derzeit dort gezeigten Variation des Romeo-und-Julia-Themas wurden allerdings keine Märchen erzählt, sondern Fakten und Themen der Bundespolitik diskutiert. NECKARQUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein begrüßte am Donnerstagabend den CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei, den FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Marcel Klinge sowie die Bundestagskandidaten Thomas Bleile (Grüne), Derya Türk-Nachbaur (SPD) und Martin Rothweiler (AfD).

SPD vorne

Laut der am Donnerstag veröffentlichten Umfrageergebnisse zur Sonntagsfrage (Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag die Bundestagswahl wäre?) des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes Yougov käme die SPD auf 25 Prozent der Stimmen, gefolgt von der CDU/CSU mit 20 Prozent, den Grünen mit 15 Prozent, der Alternative für Deutschland (AfD) mit elf Prozent und der FDP mit zehn Prozent. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat ermittelt, dass 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme bereits per Briefwahl abgegeben haben und 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler noch unentschieden sind. Gründe dafür sind einerseits eine abnehmende Parteibindung und andererseits die Angabe von mehr als der Hälfte der Befragten, dass sie von keiner Partei richtig überzeugt seien, sie also das „kleinere Übel“ wählten.

40 Prozent der Wähler sind noch unentschieden.

Im Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal wohnen knapp 232.000 Einwohner in 13 Städten und zwölf Gemeinden. Größte Stadt ist Villingen-Schwenningen mit rund 85.000 Einwohnern. Bei der letzten Bundestagswahl hat Thorsten Frei (CDU) das Direktmandat geholt, Dr. Marcel Klinge kam über die Landesliste in den Bundestag. „Es ist eine besondere Bundestagswahl, weil ein großer Anteil der Wahlberechtigten noch unentschieden ist“, eröffnete



NQ-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein (rechts) im Gespräch mit den Bundestagskandidaten (von links) Thorsten Frei (CDU), Martin Rothweiler (AfD), Thomas Bleile (Grüne), Dr. Marcel Klinge (FDP) und Derya Türk-Nachbaur (SPD).
Fotos: Cornelia Hellweg

der NECKARQUELLE-Redaktionsleiter die Runde. Und das zehn Tage vor der Wahl am 26. September. Laut Umfragen liegen die Ergebnisse für CDU, SPD und Grüne relativ nah beieinander. „Alles ist offen“, sagte Dr. Ralf Trautwein. „Das Rennen ist lange noch nicht entschieden.“

Der Scholz-Effekt

Warum erzielt SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz so gute Werte – er liegt seit einiger Zeit an der Spitze bei den Umfragen –, obwohl das Finanzministerium unter seiner Leitung den Wirecard-Skandal zu verkräften hat und erst kürzlich dort eine Razzia stattfand? Olaf Scholz sei vom Untersuchungsausschuss von Vorwürfen quasi freigesprochen worden, argumentierte Derya Türk-Nachbaur. „Olaf Scholz steht für einen besonnenen Macher.“ Als Gesundheitsminister und Vizekanzler bringe er Erfahrung und Sachlichkeit mit. Türk-Nachbaur hofft, dass der „Scholz-Effekt“ der SPD bei der Bundestagswahl zum Wahlsieg verhilft. Das würde für die Bad Dürrenheimen bedeuten, dass sie über die Landesliste (Platz 19) ein Bundestagsmandat erhielte. Auch für sie bleibt es also spannend. Auch wenn sie beim Podiumsgespräch darauf hinwies, dass Umfragen keine Wahlergebnisse sind. CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat im

Wahlkampf schwere Zeiten hinter sich, weil er unter anderem als Krisenmanager bei der Flutkatastrophe keine gute Figur machte und wegen eines Fauxpas von Gegnern auch als „kichernder Kandidat“ bezeichnet wird. Für Thorsten Frei macht Laschet als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen eine gute Arbeit. „Dort führt er eine schwarz-gelbe Koalition, das wäre auch eine attraktive Option für Berlin“, meinte der Bundestagsabgeordnete. „Im persönlichen Zusammentreffen wird er positiver wahrgenommen als im Fernsehen.“

Eine unglückliche Figur machte die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock als Autorin eines Buches, in dem sie nachweislich große Passagen von anderen Quellen übernommen hat, ohne dies kenntlich zu machen. „Sie hat zu Beginn Fehler gemacht, aber es wurde auch aufgebauscht“, sagte der hiesige Bundestagskandidat Thomas Bleile dazu. Annalena Baerbock sei eine sehr gute Kandidatin, sympathisch, mit hohem Detailwissen. „Sie hat sich in den Triells gut geschlagen.“

AfD-Bundestagskandidat Martin Rothweiler ist Gemeinderat in Villingen-Schwenningen und Kreisrat. Er bezeichnet sich als das „Gesicht der AfD“ hier in der Region. Bei der baden-württembergischen Land-

tagswahl in diesem Jahr verpasste er nur knapp ein Mandat im Stuttgarter Landtag. Nun tritt er bei der Bundestagswahl im Wahlkreis 286 für seine Partei an.

Beim Themenbereich Wirtschaft äußerte sich Thomas Bleile zur Forderung der Grünen nach einer Transformation. „Das Umsteuern wird vernachlässigt. Ich komme aus der Industrie und sehe, wie es den Mittelständlern geht. Wegen Corona haben sie Eigenkapital eingesetzt, um ihre Fachkräfte zu halten. Dieses Geld fehlt für die Entwicklung von Innovationen und deren Umsetzung. Wir müssen die Betriebe und Beschäftigten mitnehmen“, so Bleile mit Blick insbesondere auf den Ausbau der Elektromobilität. Er ist tätig als Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Villingen-Schwenningen.

Staat kein guter Unternehmer

„Der Staat ist kein guter Unternehmer“, meinte hingegen Martin Rothweiler. Weil die Politiker nur für vier Jahre gewählt seien, hätten sie nicht langfristige Entwicklungen im Auge, sondern nur das, mit dem sie in einer Legislaturperiode punkten könnten. „Das Thema Klimaschutz verdrängt die irdischen und gesellschaftlichen Probleme – wir müssen auf die Kernthemen zurückkommen.“

Die Grünen regierten in Baden-Württemberg seit zehn Jahren und lägen, was die wirtschaftliche Erfolgsbilanz anbetrifft, nur im Mittelfeld, sagte Dr. Marcel Klinge. Grüne Wirtschaftspolitik sei gekennzeichnet von Verboten und Geboten. Die Liberalen bevorzugten dagegen, Anreize für Innovationen zu schaffen. „Selbst wenn wir von heute auf morgen alle CO₂-Treiber in Deutschland abschalten würden, würde das Ergebnis vom Bevölkerungswachstum in der Welt wieder kompensiert. Wir brauchen technische Lösungen für den Klimaschutz.“

Thorsten Frei wandte sich gegen den Vorwurf, die CDU bringe den Klimaschutz nicht voran. „Die Bundesregierung hat ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz aufgesetzt. Bis spätestens 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Der Staat macht klare Klimavorgaben.“ Man wolle dabei möglichst technologieoffen vorgehen. Soll heißen, keine alleinige Förderung der Elektromobilität sondern auch von Themen wie Wasserstofftechnologie und anderes. „Wir brauchen einen akzeptablen Zeithorizont und müssen alle in der Welt begeistern, mitzugehen.“ Darüber hinaus müsse man bedenken,

dass im Land nicht nur Reiche lebten, auch den vielen anderen müsse man eine Perspektive aufzeigen. „Nachhaltigkeit darf den Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht gefährden.“ Über Förderung und Leitplanken müsse man den Handlungsrahmen so eng ziehen, dass die Ziele erreicht würden.

Keinen zurücklassen

„Die Klimakrise ist eine der größten Menschheitsaufgaben“, meinte Derya Türk-Nachbaur. Auch sie wies darauf hin, dass man die Menschen bei der Bewältigung dieses Themas mitnehmen müsse. „Wir dürfen keinen zurücklassen. Viele haben Angst bei dem Thema: Was heißt das für mich?“ Vor allem müsse das Stromnetz verbessert werden, um bei der Elektromobilität voranzukommen. Die Wasserstofftechnologie eigne sich nach heutigem Stand wohl eher für Nutzfahrzeuge, Züge oder Flugzeuge. Laut Wahlprogramm der Grünen sollen ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen werden dürfen. Elektro-Autos benötigen weniger Teile als Verbrenner. Das be-

Wir müssen die Klimaziele erreichen.

deutet für eine Region wie der hiesigen, in der viele Automobilzulieferer ansässig sind, einen Strukturwandel, von dem noch nicht klar ist, wie negativ für Beschäftigung und die Unternehmen der ausfallen wird. „Jobs sind in Gefahr, ja – aber was wäre die Alternative“, so Thomas Bleile. „Wir müssen die Klimaziele erreichen, sonst wird es finster.“ Allein könne Deutschland nicht die Welt retten, aber der Ausbau von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich stelle ein wichtigen Beitrag dar. „Die Betriebe brauchen andere Geschäftsmodelle, und die Beschäftigten muss man für andere Tätigkeiten qualifizieren.“ Der Grünen-Bundestagskandidat bezweifelte, dass sich die Wasserstofftechnologie für den Betrieb von Pkw eigne.

FDP-Bundestagsabgeordneter Marcel Klinge wiederum pochte auf die Technologieoffenheit bei der Schaffung von Alternativen zum Verbrenner. „Wir dürfen nicht nur auf ein Pferd setzen.“ Man müsse dem CO₂-Ausstoß einen Preis geben und den Gesamtausstoß deckeln. „Wir müssen auch schauen, dass es nicht zu teuer wird für mittlere und kleine

Einkommen.“ Von einer Abkehr vom Verbrennungsmotor hält Martin Rothweiler wenig. „Mein Diesel ist ökologisch nachhaltig.“ E-Mobilität sei ökologischer Irrsinn und ökonomischer Totalschaden. „Das ist unsozial und führt zu Arbeitsplatzverlust. Die CO₂-Steuer greife in jeden Lebensbereich ein und sei ein Inflations- und Kostentreiber.“

„Das ist einfach falsch“, konterte Thomas Bleile. „Das E-Auto ist das effizienteste Auto.“ E-Fuels seien in der Herstellung zu aufwendig. Redaktionsleiter Ralf Trautwein konfrontierte Bleile mit der Forderung der Grünen, Deutschland solle Fahrradland werden. Wie kann man sich das in einer ländlichen Region wie dem Schwarzwald-Baar-Kreis vorstellen? Das Lastenrad stelle eine Alternative zum Zweitauto dar, meinte Bleile. Ein Pkw stehe 90 Prozent der Zeit herum und werde also nicht ständig genutzt. Darüber hinaus schwebte seiner Partei vor, quasi als soziale Komponente, ein Klimageld von 75 Euro im Jahr zahlen.

Tempolimit auf Autobahn?

Ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf deutschen Autobahnen kann laut Derya Türk-Nachbaur ein Beitrag zur Minderung des CO₂-Ausstoßes sein. „Das wäre sofort umzusetzen. Bis jetzt habe ich noch keine schlüssigen Argumente gehört, warum man das nicht macht.“ Zumal viele Nachbarländer von Deutschland entsprechende Tempolimits. Ein Tempolimit von 130 auf deutschen Autobahnen ist nach Ansicht von Thorsten Frei „kein zentrales Thema“. Er argumentierte mit der seit Jahren rückläufigen Zahl von Verkehrstoten. Auf 30 Prozent der Autobahnen gebe es ohnehin ein Tempolimit. Das durchschnittliche Tempo auf deutschen Autobahnen betrage nicht viel über 130 km/h. „Man muss ein Verbot begründen.“ Einigkeit herrschte bei den Kandidaten, dass die Bundesstraße 523 weitergebaut werden muss. „Der erste Bauabschnitt endet in einem Industriegebiet in einer 90-Grad-Kurve“, sagte Thorsten Frei. Es gebe nicht allzu viel Ost-West-Verbindungen, daher habe der Weiterbau der B523 eine klar überörtliche Bedeutung. Das müsse endlich umgesetzt werden. Grünen-Kandidat Bleile ist zwar nicht für einen Ausbau des Straßennetzes im Wahlkreis. Das Projekt B523 bilde da allerdings eine Ausnahme. Da bedürfe es einer Korrektur der Straßenführung. „Das würden wir mitmachen.“



Aufmerksam verfolgten die Besucher des NQ-Podiumsgesprächs die Diskussion verschiedener Themenbereiche.

Beim Thema Soziales wurden die Unterschiede zwischen den Kandidaten sehr deutlich. Derya Türk-Nachbaur warb für die Forderung der SPD, die den Grundsicherungssatz „auf jeden Fall erhöhen“ möchte. Sie plädierte für eine Grundsicherung, die sich an den Kindern orientiere. Dies sei bisher einer der Schwachpunkte im System: „Kindergeld gilt als Einkommen.“ Mit dem Ergebnis, dass Hartz-IV-Empfänger mit Kindern weniger Geld zur Verfügung hätten.

Mehr Chancengleichheit

Auch Marcel Klinge (FDP) zeigte sich als Kritiker des bisherigen Hartz-IV-Systems. Der Liberale sieht darin keine Anreize, sich selber um etwas zu kümmern. Als Beispiel nannte er, dass sogar Ferienjobs von Schülern als Familieneinkommen angerechnet werden. Viel gerechter wäre für ihn ein Bürgergeld. Und auch ein elternunabhängiges Bafög würde zur Chancengleichheit beitragen.

Schon eine Ampelkoalition?

Damit bekommt die FDP sogar Beifall von den Grünen. Denn auch Kandidat Thomas Bleile fordert ein elternunabhängiges Bafög, das er gerne Weiterbildungsgeld nennen würde. Denn man müsse die Unterstützung ausweiten auf Weiterbildung und auch für Auszubildende. „Es reicht nicht, nur den Studierenden Geld zukommen zu lassen“, sagte Bleile auf dem NQ-Podium. Lernen müsse man lebenslang; in der heutigen Zeit mit dem raschen Technologiewandel sei dies notwendiger denn je. Gesprächsleiter Trautwein fasste die Berührungspunkte von SPD, Grünen und FDP derart zusammen, das da doch ein Ampelkoalition machbar sei.

Lob für Hartz-IV

Nicht mit ins Boot wollte Thorsten Frei dagegen. Der CDU-Mann findet die Hartz-IV-Reform von SPD-Kanzler Schröder im Großen und Ganzen gut. Das System sei erfolgreich. Er erinnerte an die fünf Millionen Arbeitslosen zum Amtsantritt von Angela Merkel vor 16 Jahren – heute sei nur noch Hälfte davon ohne Arbeit. Ausdrücklich unterstützt Frei auch die Kontrollinstrumente, die Hartz-IV vorsieht. „Es muss ja auch überprüft werden, ob das Geld benötigt wird“, erklärte Frei. Angesichts des Fachkräftemangels in der heimischen Industrie appellierte er an die jungen Leute, ihre Arbeitskraft einzusetzen, statt sich auf die Stütze zu verlassen.

Dagegen nahm Martin Rothweiler von der rechtspopulistischen AfD das Thema zum Anlass, einmal mehr die Zuwanderungspolitik ins Visier zu nehmen: „Eine Solidargemeinschaft kann nicht grenzenlos sein, wenn man eine Millionen Solidarfälle von weither dazu holt wird es noch schwieriger.“

Jeder Dritte ist Rentner

Beim Blick auf das Wahlvolk wird deutlich, dass die Rente und hier vor allem ihre Zukunft in diesem Wahlkampf eine große Rolle spielt: Jeder dritte Wähler ist im



Engagierte Diskussion im Kampf um den Parlamentssitz: Thorsten Frei (CDU) ist schon im Bundestag, Derya Türk-Nachbaur (SPD) dort hin.



le der Staat aber nicht schaffen, da qualifizierte Fachkräfte, auch ältere, gebraucht würden. AfD-Kandidat Rothweiler will mehr „private Komponenten“ ins Rentensystem bringen und private Vorsorge auch mit steuerlichen Erleichterungen belohnen.

Erhöhen oder entlasten?

Beim Thema Steuer gab es dann Streit zwischen CDU und SPD, wer denn nun am besten entlastet werden soll. CDU-Abgeordneter Frei lobte seine Partei, weil sie verhindert habe, dass Steuern erhöht werden, wie dies der derzeitige Koalitionspartner gerne gemacht hätte. „Aber wegen der SPD gab es eben auch keine Entlastung“, sagte Frei. Der Soli müsse ganz weg, auch für die Spitzeneinkommen und ein Kindersplitting sei „die wirksamste Förderung von Familien“. SPD-Kandidatin Türk-Nachbaur entgegnete diesen Argumenten, dass ihr Programm die kleinen Einkommen am meisten entlasten und auch das meiste Geld in die Staatskasse spülen würde.

Kritik an Verschwendung

Statt nur auf die Einnahmen zu schielen, will FDP-Abgeordneter Klinge die andere Seite unter die Lupe nehmen: die Ausgaben. Der

„Das sind die, die hier gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.“

Staat müsse aufhören, Milliarden in den Sand zu setzen. Auch Klinge hält den Soli für eine Ungerechtigkeit und es sei auch nicht einzusehen, warum schwer arbeitende Menschen, die 54000 Euro im Jahr bekommen, bei SPD und Grünen schon als Spitzenverdiener gezählt werden. Das seien doch die Leistungsträger. Im Übrigen dürfe auch der Mittelstand nicht mit Vermögenssteuern belastet werden: „Das sind die, die hier gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.“

Für den Grünen-Kandidaten ist dagegen klar: „Wir wollen, dass die die viel haben, viel tragen; die können auch mehr tragen.“ Die AfD sieht es ganz anders: Eine Vermögenssteuer kommt für Martin Rothweiler überhaupt nicht in Frage. Sie sei nicht nur ungehörig, sondern auch unnötig: „Wenn sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert, kommt er auch mal mit weniger Steuern aus.“

Unterschiedliche Interessen

CDU-Abgeordneter Frei riet dazu vorsichtig zu sein mit dem Begriff Steuerverschwendung. Bei 83 Millionen Menschen in Deutschland gebe es unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Was für den einen notwendig, brauche der andere überhaupt nicht. Dies müsse eine Staat bei seinen Entscheidungen berücksichtigen.

Die Menschen mit ihren Unterschieden haben aber eines gemeinsam: Sie können am Sonntag in einer Woche darüber abstimmen, wer in den nächsten Bundestag kommt und dann für vier Jahre die Politik macht. coh/bm



Thomas Bleile (links) von den Grünen und der FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge: Auf dem NQ-Podium wurden bei Themen wie das elternunabhängige Bafög sogar Gemeinsamkeiten deutlich.



Ruhestand und bezieht sein monatliches Einkommen aus der Rentenkasse. Immer mehr Bezieher, immer weniger Bezahler. Auf dieses Problem machte CDU-Abgeordneter Frei aufmerksam und spielte den Gedanken durch, was passieren muss, wenn es

„Es muss ja auch überprüft werden, ob das Geld benötigt wird.“

demnächst doppelt so viele Rentner gibt, wie in den 1960er-Jahren: „Dann muss man entweder doppelt so viel einzahlen, oder bekommt nur die halbe Rente.“ Die Beiträge könne man aber nicht ewig erhöhen. Die Lösung sei, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Auch müsse man flexibel sein. Wer erst mit 29 zu arbeiten beginne, könne nicht schon mit 65 aufhören.

Ganz klar gegen ein höheres Rentenalter ist dagegen die SPD-



Martin Rothweiler von der AfD will, dass „sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert“.

Kandidatin. „Denn das bedeutet faktisch eine Rentenkürzung.“ Derya Türk-Nachbaur fordert, dass alle in die Rentenkasse einzahlen müssen – auch die Beamten. Auch Grünen-Kandidat Bleile merkte an, dass beim viel zitierten Generationenvertrag längst nicht alle aktiv mit Einzahlungen beteiligt seien. Dann gab er noch seinem Gewerkschaftskollegen Walter Riester eins mit, denn dessen privates Rentenmodell sei „keine so tolle Idee“ gewesen. Viel besser sei da ein „Bürgerfonds“, der zwar keine hohen, dafür aber zuverlässige Gewinne bringe.

Rente auf Aktienbasis?

Eine Rente auf Aktienbasis findet auch FDP-Abgeordneter Marcel Klinge gut: „Wenn es bei Aktien eine positive Entwicklung gibt, warum sollten da die Rentner nicht auch etwas davon haben?“ Er sprach sich auch dafür aus, dass jeder in Rente gehen kann, wann er will – „allerdings mit entsprechenden Abschlägen“. Anreize zur Frühverrentung sol-

Aufregertes Thema: zu großer Bundestag

Gegen Ende des Podiumsgesprächs sorgte ein Thema für Zündstoff, das zuverlässig bei jeder politischen Debatte die Gemüter erhitzt: die Größe des Bundestags. Die Zahl der Abgeordneten kennt bekanntlich seit Jahren nur eine Richtung: nach oben. Zwei Diskussionsteilnehmer aus dem Publikum befürchteten, dass der neue Bundestag vielleicht sogar 1000 Mandatsträger haben könnte. Diese Menge an gut bezahlten Abgeordneten koste den Steuerzahler Unsummen von Geld.

Die Politiker auf dem Podium widersprachen nicht. Sogar CDU-Abgeordneter Thorsten Frei sprach sich für einen kleineren Bundestag aus. Denn ein übervolles Parlament sei nicht

gerade effizient beim Arbeiten.

Ein Vorschlag, wie man das Größenwachstum in den Griff bekommen kann, lautet: die Zahl der Wahlkreise reduzieren. Derzeit gibt es 299, die alle einen Direktkandidaten nach Berlin schicken; dazu kommen noch die Landeslisten mit den Überhangmandaten und Ausgleichsmandaten. So kommt es, dass mehr Abgeordnete im Parlament sitzen, als die gesetzlichen 598. Aktuell sind es 709. Der Grund für den Zuwachs: Die Überhangmandate müssen ausgeglichen werden, bis das Verhältnis der Zweitstimmen erreicht war. Diese Mandate entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate erhält, als ihr Sitze über die Zweitstimmen zustehen.

Nach den derzeitigen Verhältnissen sieht es ganz danach aus, dass dies in Zukunft eher noch drastischer wird. Denn wenn eine Partei wie die CDU statt früher über 40 Prozent nur noch 20 Prozent bekommt, sind jede Menge Überhangmandate fällig. Die Union erzielte bei der letzten Wahl 43 Überhangmandate und damit das Verhältnis wieder stimmt haben alle anderen Parteien zusammen 65 Ausgleichsmandate bekommen.

Einigkeit herrschte auf dem Diskussionspodium, dass eine Parlamentsreform eine der ganz dringenden Aufgaben für den neuen Bundestag sein soll. Beim letzten Mal bremste die CSU, die bisher zuverlässig die Direktmandate in Bayern holt. bm

